

## Kurt Eisner und die erste Verfassung des Freistaats Bayern von 4.1.1919

### I. Einleitung

Im Jahre 2018 sind 100 Jahre vergangen, seit mit dem plötzlichen Ende der Monarchie in Bayern am 7. November 1918 der Freistaat Bayern entstanden ist und damit Bayern eine demokratische Staatsform erhielt. Diese grundlegende Umwälzung in der bayerischen Geschichte erfolgte als eine erstaunlich friedliche Revolution ohne jedes Blutvergießen und zwar zwei Tage vor der Novemberrevolution in Berlin am 9. November, mit der dann das deutsche Kaiserreich in Berlin zu Grunde ging. Unter den damals 22 deutschen Monarchien war Bayern die erste, in der es zu diesem grundlegenden Wandel der Staatsform kam; man kann nicht leugnen, dass an dem historischen Tag des 7.11.1918 Bayern als Vorreiter und Modell für das übrige Deutschland galt. Der plötzliche und unerwartete Umbruch ist weitgehend auf die Aktivität eines einzelnen Mannes zurückzuführen. Der politische Journalist Kurt Eisner (1867-1919), hat nach einer politischen Friedenskundgebung auf der Theresienwiese in München am 7. 11.1918, einem Donnerstag, im wesentlichen mit der Unterstützung kriegsmüder Soldaten in wenigen Stunden den letzten bayerischen König Ludwig III. zur Flucht aus der Residenz und auch aus München veranlasst. Bereits am Morgen des 8. November meldeten die ‚Münchner Neuesten Nachrichten‘, dass von einem ‚Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat‘ die Bayerische Republik proklamiert und die Dynastie Wittelsbach abgesetzt worden sei. Am Abend des 7.11. um 22:30 Uhr hatte Eisner im Gebäude des Bayerischen Landtags in der Prannerstraße die Bayerische Republik ausgerufen und sich selbst im Sitzungssaal zum neuen provisorischen Ministerpräsidenten proklamiert. Die im Landtag versammelte Menge stimmte begeistert zu. In dieser Nacht begannen die 105 Tage der Ministerpräsidentschaft Eisners bis zu seiner Ermordung am 21. Februar 1919. Die Revolution in Bayern unter Eisners Führung hatte sich völlig ohne Blutvergießen und ohne jeglichen Widerstand des Militärs vollzogen. In meiner Skizze am heutigen Nachmittag kann es nicht um eine Schilderung der Details der Revolution und der bewegten Zeit der Regierung Eisners gehen, sondern nur um Korrekturen an zahlreichen

Legenden über diese Periode, die sich zum Teil bis heute erhalten haben und leider bis in die Geschichtsschreibung tradiert wurden.

## II. Herkunft Eisners

Kurt Eisner stammte aus einer bürgerlichen jüdischen Familie und wurde am 14. Mai 1867 in Berlin geboren. Sein Vater Emanuel Eisner, geboren 1827, war Inhaber einer Fabrik von Militärartikeln und hatte ein Geschäft unter den Linden in Berlin. Der Vater erhielt den Titel ‚Hoflieferant‘ des Königs von Preußen und gehörte zum gehobenen Berliner Bürgertum. Der Sohn Kurt besuchte das angesehene askanische Gymnasium in Berlin zusammen mit Söhnen von Offizieren und Geschäftsleuten und bestand 1886 die Abitursprüfung. Kurt Eisner wuchs (also) im Zentrum Berlins in der Nähe der Staatsoper auf. In Bayern wurde am Ende des ersten Weltkriegs über ihn in der konservativen Presse die Legende verbreitet, er stamme in Wahrheit aus Galizien und heiße Salomon Kosmanowsky, was erst 1961 als unwahr nachgewiesen wurde. Eisner begann ein Studium der Germanistik und Philosophie an der Berliner Universität, das er jedoch nach 8 Semestern abbrach, obwohl er bereits eine Dissertation über den romantischen Dichter Achim v. Arnim bei dem berühmten Germanisten Erich Schmidt begonnen hatte. Materielle Schwierigkeiten der Eltern waren der Hauptgrund für das Abbrechen des Studiums. Eisner arbeitete als Journalist zunächst für eine Berliner Nachrichtenagentur und nahm 1891 dann eine Stelle in der Redaktion der linksliberalen ‚Frankfurter Zeitung‘ an, bis er 1893 nach Marburg in die Redaktion des dortigen ‚General-Anzeigers‘ wechselte, der 1894 in ‚Hessische Landeszeitung‘ umbenannt wurde. In Marburg arbeitete Eisner 5 Jahre bis 1898. Diese Jahre verliefen für ihn sehr glücklich; er hatte nach seiner Heirat 1892 mit der Protestantin Lisbeth Hendrich drei Kinder, engagierte sich gegen den Marburger antisemitischen Reichstagsabgeordneten Otto Böckel und begründete eine Freundschaft mit dem Marburger Philosophieprofessor und Neukantianer Hermann Cohen (1842-1918). Cohen war ein jüdischer Gelehrter, der eine Philosophie der Synthese von Kants ethischem Idealismus und dem Sozialismus vertrat; charakteristisch ist etwa sein Satz: „Der Sozialismus ist im Recht, sofern er im Idealismus der Ethik gegründet ist, und der Idealismus der Ethik hat ihn begründet.“ (Grau p. 118). Eisner selbst wurde während seiner Marburger Jahre zum Anhänger eines ‚Gefühlssozialismus‘ (Grau p. 109) mit

zunehmender Nähe zur organisierten Sozialdemokratie, nachdem er zuvor eher politisch als sozialliberal bezeichnet werden kann. Literarisch wurde er zuerst 1892 durch eine kritische Schrift über Friedrich Nietzsches Philosophie mit dem Titel ‚Psychopathia spiritualis‘ bekannt. Anfang 1897 veröffentlichte er in einer Berliner Zeitschrift einen satirischen Aufsatz mit einer fiktiven Rede eines Monarchen, die auf Kaiser Wilhelm II. gemünzt war. Er wurde deshalb wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und zu neunmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt, die er im Staatsgefängnis Plötzensee verbüßte. Wilhelm Liebknecht, der Chefredakteur des sozialdemokratischen Vorwärts, bot ihm nach der Entlassung eine Stelle als Vorwärts-Redakteur an, die er Ende 1898 annahm. Nach dem Tode von Liebknecht 1900 wurde Eisner zum maßgebenden Redakteur der zentralen Parteizeitung der Sozialdemokratie. Inzwischen war er am 1.12.1898 auch als Mitglied in die SPD eingetreten. Als faktischer Chefredakteur des ‚Vorwärts‘ von 1900 bis 1905 erreichte er den Höhepunkt seiner journalistischen Karriere und bestimmte die politische Linie des Blatts. Es waren die Jahre erbitterter Auseinandersetzungen zwischen orthodoxen Marxisten unter der Führung von Karl Kautsky und den reformistischen Revisionisten, den Anhängern von Eduard Bernstein. Eisner war keinem der beiden Flügel eindeutig zuzuordnen (Grau p. 174). Die Mehrheit der Vorwärts-Redakteure solidarisierte sich mit ihm und kündigte ihre Mitarbeit am ‚Vorwärts‘ durch Schreiben an den Parteivorstand vom 21.10.1905. Entscheidend war die Haltung des Parteivorsitzenden August Bebel, der sich entschieden gegen Eisner stellte. Eisner arbeitete nach dem Ende seiner Zeit als Vorwärts-Redakteur zunächst als freier Parteischriftsteller und Journalist bis er 1906 ein Angebot erhielt, in die Redaktion der ‚Fränkischen Tagespost‘ in Nürnberg einzutreten, eines wichtigen Regionalorgans der SPD-Presse.

### III. Eisner als Journalist in Bayern

Seit März 1907 wirkte Eisner in Nürnberg, kam also als Vierzigjähriger nach Bayern. In seinen ersten Nürnberger Jahren 1909/1910 war sein persönlicher Ruf sehr gefährdet durch die Scheidung von seiner ersten Ehefrau und ein neues Liebesverhältnis mit Else Belli, mit der er eine zweite Ehe schloss (2 Kinder). Bemühungen Eisners, ein Abgeordnetenmandat im deutschen Reichstag in den letzten Vorkriegsjahren zu erringen, waren nicht erfolgreich. In Nürnberg engagierte er sich seit 1907 intensiv in der

sozialdemokratischen Bildungspolitik, in der er eine breite Massenbildung anstrebte. Außerdem entdeckte er die Außenpolitik als ein Feld, wo er während der Marokkokrise 1905 und 1911 die aggressive und militaristische Politik der Reichsregierung bekämpfte und sich den Vertretern des linken Flügels der SPD wie Karl Liebknecht annäherte. Allerdings verurteilte Eisner auch die russische Außenpolitik während des Balkankriegs 1912/1913 und bejahte wie die SPD die Bereitschaft zur Verteidigung Deutschlands im Fall eines Angriffs Russlands. Seit 1910 lebte er in München und verdiente seinen Lebensunterhalt weiter als freier Journalist im wesentlichen mit Artikeln in der ‚Münchner Post‘.

In der reformistisch orientierten bayerischen SPD unter der Führung Georg v. Vollmars fühlte sich der Berliner Eisner anders als in Preußen ausgesprochen wohl und trat auch gern als Redner in Parteiversammlungen auf, u.a. kurz vor Kriegsausbruch in einer Massenkundgebung im Münchner Kindlkeller am 27. Juli 1914. Auf dieser Friedenskundgebung forderte er ein ‚Zusammengehen der großen europäischen Kulturnationen Deutschland, Frankreich und England‘ zur ‚Rettung Europas‘ (Grau p. 300). Sei der Krieg gegen den Aggressor Russland aber nicht mehr zu verhindern, dann müssten auch die Sozialdemokraten das Vaterland verteidigen. Eisner hat diese Position allerdings sehr bald revidiert, wie sich aus einem Brief von ihm im Februar 1915 ergibt. Entscheidend war für diesen ‚Umdenkprozess‘, dass er erfuhr, der russische Zar habe kurz vor Kriegsausbruch eine schiedsgerichtliche Lösung des Konflikts zwischen Österreich und Russland durch die Haager Friedenskonferenz vorgeschlagen. Gegenüber der im Krieg von der SPD vertretenen ‚Burgfriedenspolitik‘ blieb Eisner zunächst als einsame Stimme isoliert. Erst seit Anfang 1917 fand der von Nürnberg nach München übergesiedelte Eisner in der Linksoption größeren Wiederhall. Er traf sich mit Mitstreitern in der Gastwirtschaft ‚Zum Goldenen Anker‘ in der Schillerstraße, wo sich jeden Montag etwa 100-150 Teilnehmer versammelten, darunter der Schriftsteller Oskar Maria Graf, und wo Eisner die Diskussion bestimmte. Ein Münchner Ortsverein der neugegründeten kriegsgegnerischen USPD entstand im Mai 1917. Eisner schloss sich an, nachdem er am Gründungsparteitag in Gotha teilgenommen hatte. Er erstrebte ein rasches Kriegsende durch Massenaktionen und erlebte Ende Januar 1918 einen Massenstreik der deutschen Rüstungsarbeiter, mehrere

hunderttausend, im ganzen Deutschen Reich. In München streikten etwa 9000 Arbeiter hauptsächlich aus der Rüstungsindustrie. Die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) und die Gewerkschaften unterstützten den Januarstreik jedoch nicht. Eisner selbst wurde am Abend des 31. Januar verhaftet. Er verbrachte dann achteinhalb Monate in Untersuchungshaft, hauptsächlich in der Haftanstalt Stadelheim. Eine Verurteilung wegen Landesverrats schien bevorzuzustehen.

Überraschend wurde der Häftling dann aber am 14. Oktober 1918 aus der Haft entlassen.

Der Vorsitzende der bayerischen SPD, Georg v. Vollmar, verzichtete im August 1918 krankheitshalber auf sein Reichstagsmandat. Der Mandatsverzicht führte dazu, dass die Münchner USPD am 14.9.1918 Eisner als Kandidaten für die Reichstagsnachwahl aufstellte. Die Ersatzwahl sollte am 17. November stattfinden. Daraufhin beantragte Eisners Rechtsanwalt Dr. Bernheim am 7.10. die Haftentlassung des angeblichen Landesverrätters. Das führte zu einem Beschluss des 1. Strafsenats des Reichsgerichts in Leipzig, dass Eisner auf freien Fuß zu setzen sei, da weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr bestehe. Am 14. Oktober 1918 abends konnte Eisner das Gefängnis Stadelheim verlassen. Etwa drei Wochen später war er bayerischer Ministerpräsident.

Wie konnte es in so kurzer Zeit zu dieser atemberaubenden Wende kommen?

Man muss zunächst festhalten, dass nach dem Scheitern der letzten deutschen Offensive in Frankreich im Frühjahr 1918 auch die deutsche Armeeführung Hindenburg/Ludendorff die Niederlage hatte zugeben müssen. Die seit Anfang Oktober amtierende letzte Regierung des Kaiserreichs unter dem Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte sich um einen Waffenstillstand bemüht. In Deutschland herrschte Mitte Oktober 1918 allgemeine Kriegsmüdigkeit. In dieser Situation begann Kurt Eisner seinen Reichstagswahlkampf. Am 23.10., also neun Tage nach der Haftentlassung, hatte er seine erste öffentliche Kundgebung in München, die im Schwabingerbräu stattfand. Sie hatte bereits 2000 Teilnehmer. Eisner forderte an diesem Abend eine Demokratisierung Deutschlands und eine echte Volksregierung ohne einen Prinzen als Reichskanzler. Er bejahte das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Wilson und regte den Verzicht Deutschlands auf Elsass-Lothringen und die Provinz Posen mit

Danzig an, außerdem Schadenersatz für die Verwüstungen der deutschen Heere in Nordfrankreich. Gleichfalls vertrat er die Vereinigung Deutschlands mit Deutsch-Österreich nach dem Ende der Donaumonarchie und schlug als künftiges Staatsoberhaupt Deutschlands den radikalen Kriegsgegner Karl Liebknecht vor.

Eisner forderte demnach schon am 23.10. das Ende des deutschen Kaiserreichs. In einer weiteren Versammlung am 30. Oktober im Löwenbräukeller forderte er offen die Beseitigung des Kaisertums und aller deutschen Monarchien einschließlich der bayerischen.

Eisner wusste, dass die Mehrheitssozialdemokraten mit ihrem Vorsitzenden Erhard Auer eine Revolution ablehnten und überzeugt waren, sie verhindern zu können. Auer stand in enger Verbindung zum Ministerpräsidenten Otto v. Dandl, so dass die königliche Regierung im Vertrauen auf Auer mit keiner Revolution rechnete. Am 4.11. kam es zu einer Gemeinschaftsveranstaltung der beiden sozialdemokratischen Parteien, auf der man beschloss, eine Wiedervereinigung anzustreben.

#### IV. Eisner und die bayerische Revolution 1918

In dieser insgesamt unübersichtlichen Situation handelte Kurt Eisner sehr zielbewusst für den Erfolg seiner Revolution vom 7.11.

Am 3.11. reiste Eisner nach einer Versammlung auf der Theresienwiese unmittelbar nach Niederbayern zum Wohnsitz von Ludwig Gandorfer, der zusammen mit seinem Bruder Karl Gandorfer den Bayerischen Bauernbund leitete. Bei dieser Begegnung konnte er offenbar Ludwig Gandorfer für die Unterstützung eines geplanten Umsturzes gewinnen. Es gehört zu den Besonderheiten der bayerischen Revolution und war ein entscheidender Grund für ihren überraschenden Erfolg, dass es hier anders als im übrigen Deutschland neben den Arbeiter- und Soldatenräten von Anfang an Bauernräte gab. Ohne Unterstützung durch den Bauernbund ist der plötzliche und unblutige Erfolg von Eisners Revolution in einem überwiegend agrarisch geprägten Land wie Bayern kaum verständlich. Die bayerische Revolution ereignete sich in wenigen Stunden am Nachmittag des 7. November 1918, einem Donnerstag, im Anschluss an eine Friedenskundgebung auf der Theresienwiese, zu der beide sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften aufgerufen hatten.

Erhard Auer sprach auf der Hauptkundgebung, Kurt Eisner in erheblicher Entfernung vom Hauptredner weitgehend vor Soldaten, unter ihnen eine erhebliche Zahl von Matrosen, die zum Teil nach der Meuterei in Kiel nach München gekommen waren. Die Gesamtzahl bei der Kundgebung betrug etwa 50000, von denen nur etwa 1000 dem Aufruf Eisners folgten, die Soldaten in den Kasernen zu befreien. Während Auer mit dem größten Teil der Demonstranten zum Friedensengel marschierte und dort die Kundgebung auflöste, zog Eisner mit einer Minderheit zu den Kasernen im Westen Münchens, wo sich überall die Soldaten seinem Aufstand anschlossen und rote Fahnen gehisst wurden. Man proklamierte in den Kasernen den Frieden und die Republik.

Am Abend versammelten sich Soldaten und Arbeiter im Mathäuserbräu am Stachus, Münchens größtem Bierlokal. Hier wurde Eisner zum Ersten Vorsitzenden des Arbeiterrats ausgerufen und auch Soldatenräte gewählt. Man marschierte dann zum Landtagsgebäude in der Prannerstraße, wo abends um 22:30 Uhr Eisner im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats die Absetzung der Dynastie und die Gründung einer bayerischen Republik proklamierte. Gleichzeitig rief er sich selbst vor den Anwesenden zum provisorischen bayerischen Ministerpräsidenten aus. Inzwischen waren bereits König Ludwig III. und die Königin auf Rat ihrer Minister aus München geflohen. Die Flucht des Königspaares endete im Schloss Wildenwart am Chiemsee. Ludwig III. vermied eine formelle Abdankung, entband aber alle Beamten am 13.11.1918 des ihm geleisteten Treueeids, was von der Regierung Eisners als Thronverzicht ausgelegt wurde. Die Leistung Kurt Eisners in Bayerns Revolution hat der Historiker Bernhard Grau 2014 in folgenden Sätzen zusammengefasst: „Es ist kaum zu bestreiten, dass Kurt Eisner für die revolutionäre Bewegung als Führungs- und Identifikationsfigur eine herausragende Rolle spielte...Seine programmatischen Ziele waren die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen, die Errichtung einer sozialen Demokratie, die Bestrafung der Urheber des Krieges sowie der Abschluss eines Friedens auf der Basis der Völkerverständigung.“

#### V. Eisner als bayerischer Ministerpräsident

Mit dem 8. November beginnt die Ära des Ministerpräsidenten Eisner, wenig mehr als 100 Tage bis zu seiner Ermordung am 21. Februar 1919. Es waren außerordentlich bewegte Monate mit einer Koalitionsregierung;

Eisners erste demokratische Verfassung für Bayern entstand, zwei Wahlen für den bayerischen Landtag und die deutsche Nationalversammlung wurden abgehalten, die Niederlage der unabhängigen Sozialdemokraten bei den Wahlen Anfang 1919 folgte und schließlich kam es zu Eisners Entschluss seines Rücktritts, den er am Tag seiner Ermordung erklären wollte. Zunächst erfreute sich Eisner allerdings eines ungewöhnlichen Ansehens (Grau p. 363). Schon am ersten Tag, dem 8.11., wurden durch Zuruf im Landtagsgebäude die Mitglieder einer bayerischen Regierung aus beiden sozialistischen Parteien gewählt, also eine Koalitionsregierung gebildet. Die USPD stellte darin mit Eisner den Ministerpräsidenten und zwei weitere Minister, die SPD vier Minister, darunter Erhard Auer als Innenminister; außerdem gab es einen parteilosen Verkehrsminister. Die Mitarbeit Auers in der Regierung Eisners hat zweifellos wesentlich dazu beigetragen, Eisners Kabinett eine unbestrittene Legitimation zu verschaffen. Die Kontaktaufnahme zu Auer, der bis zum Vortag für eine parlamentarische Reform der konstitutionellen Monarchie eingetreten war, ging von Eisner aus und bezeugt seinen Willen zur Erhaltung der Ordnung trotz der Umwälzung der Staatsform. Für die Stimmung in der Münchner Bevölkerung kann eine Notiz in den Tagebüchern von Thomas Mann mit dem Datum des 9. November 1918 dienen, der damals mit den ‚Betrachtungen eines Unpolitischen‘ als konservativer Publizist hervorgetreten war – die Notiz lautet: „Überhaupt sehe ich den Ereignissen mit ziemlicher Heiterkeit und Sympathie zu. Die Bereinigung und Erfrischung der politischen Atmosphäre ist schließlich gut und wohltätig.“

Was waren die Hauptziele Eisners im November 1918, sein Regierungsprogramm? Innenpolitisch war es primär die Demokratisierung Bayerns, die Selbstbestimmung des bayerischen Volks. Eisner war niemals ein Anhänger der Diktatur des Proletariats und schon gar nicht der Doktrinen Lenins, der in Russland ein Jahr zuvor die Macht erlangt hatte. Er war auch niemals Anhänger einer Räterepublik, die sich bekanntlich erst nach seiner Ermordung im April 1919 kurzfristig in München und anderen Teilen Bayerns durchsetzte, bis sie von den gegenrevolutionären Freikorps und der Reichswehr im Mai 1919 blutig niedergeschlagen wurde. In seiner ersten Proklamation vom 8. 11.1918 bekannte er sich allerdings zum Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, der aber nur bis zur Wahl einer ‚endgültigen Volksvertretung‘, die gesetzgeberische Gewalt ausüben sollte.



(Grau p. 378). Die Räte sollten eine Art ‚Nebenparlament‘ sein, eine Vertretung von Berufsorganisationen (Mitchell p. 93) von der Eisner vor allem Unterstützung bei der Verbreitung demokratischer Ideen in Bayern erwartete, also die Wahrnehmung von Aufgaben politischer Bildung.

Vertreter einer Räterepublik ist Eisner niemals gewesen.

Eisner betrieb auch nach seiner Machtübernahme von Anfang an eine eigene bayerische Außenpolitik. Er war nicht nur Ministerpräsident, sondern offiziell auch ‚Minister des Auswärtigen des Bayerischen Volksstaates‘ (Mitchell p. 109). Schon am 10.11.1918 richtete er im Namen der bayerischen Regierung einen Appell an die Regierungen und Völker Amerikas, Frankreichs, Englands und Italiens. In ihm forderte er einen Völkerbund, in dem auch Deutschland als ‚jüngstes Glied demokratischer Kultur‘ einen Platz erhalten sollte.

Bei seiner Friedenspolitik arbeitete Eisner eng mit dem pazifistisch gesonnenen ehemaligen Münchner Pädagogikprofessor Friedrich Wilhelm Foerster (1869-1966) zusammen, der im ersten Weltkrieg in die Schweiz emigriert war. Eisner ernannte Foerster zum bayerischen Gesandten in Bern und nahm über ihn Beziehungen zur Umgebung des amerikanischen Präsidenten Wilson auf. Bereits am 23. November 1918 veröffentlichte er einen Bericht des bayerischen Geschäftsträgers v. Schoen in Berlin an den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten v. Hertling über die Politik Österreich-Ungarns gegenüber Serbien vom 18. Juli 1914, also aus den letzten Wochen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Darin wird über den Inhalt des geplanten Ultimatums Österreichs an Serbien berichtet, das der deutschen Reichsregierung damals angeblich noch unbekannt war. Im Bericht des bayerischen Diplomaten aus Berlin heißt es jedoch, dass die Folge des Ultimatums der Krieg sein müsse. Deutschland war folglich über die österreichische Politik gegenüber Serbien von Anfang an informiert. Eisner hatte die von ihm veröffentlichten Akten keineswegs verfälscht, wie ihm danach vielfach vorgeworfen wurde, u.a. auch von einer deutschen Viererkommission, zu der auch Max Weber gehörte. Heute ist sich die Geschichtsforschung jedenfalls insofern einig, dass das Deutsche Reich eine wesentliche Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. Eine Sozialisierung der Produktionsmittel in Deutschland am Ende des Krieges lehnte Eisner eindeutig ab. So erklärte er am 28.11.1918 vor dem Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat: „Wir glauben nicht, dass es

uns möglich ist, die Produktion in dem Augenblick zu vergesellschaften, wo die Produktion vollständig zerrüttet ist.“ (Grau, p. 585).

Sozialisierung wurde nur als Endziel der sozialistischen Bewegung festgehalten (Grau, p. 381).

Schließlich ist noch zu betonen, dass Eisner ein bayerischer Föderalist war, der Deutschland in einen Staatenbund umwandeln wollte, die Vereinigten Staaten von Deutschland, in denen auch kein Platz für die bisherige Vorherrschaft Preußens sein sollte.

Den Gedanken des deutschen Staatenbundes entwickelte er vor allem auf einer Reichskonferenz am 25.11.1918 in Berlin, an der er als Vertreter Bayerns auf Einladung des Rats der Volksbeauftragten teilnahm. Im Großen und Ganzen setzten sich Eisners föderalistische Ideen in der Verfassung der Weimarer Republik nicht durch.

#### VI. Eisner und die bayerische Verfassung Januar 1919

Bis heute ist wenig bekannt, dass unter Eisner auch eine erste demokratische Verfassung Bayerns ausgearbeitet wurde, die im bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt am 4. Januar 1919 als ‚Staatsgrundgesetz der Republik Bayern‘ veröffentlicht wurde und damit Gesetzeskraft erhielt.

Diese bayerische Verfassung ist sicher das wichtigste Dokument aus der Zeit der Regierung Eisners. Eisner hatte zunächst daran gedacht, mit der Ausarbeitung den bedeutenden Münchner jüdischen Rechtsanwalt Theodor Loewenfeld (1848-1919) zu beauftragen, der auch Honorarprofessor an der Münchner Universität war, zudem Anhänger der SPD, außerordentlich beliebt bei Studenten und auch berühmt als Kommentator des BGB.

Theodor Loewenfeld konnte diese Aufgabe aber nicht mehr übernehmen, da er todkrank war. An seiner Stelle erklärte sich sein Sohn Philipp Loewenfeld (1887-1963), Rechtsanwalt in München, zusammen mit dem Staatsrechtler Josef v. Graßmann und Robert Piloty, bereit, einen Entwurf auszuarbeiten. Durch die von Rolf Rieß und mir 2004 veröffentlichten Erinnerungen Philipp Loewenfelds mit dem Titel ‚Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationsozialismus‘ sind wir jetzt über die Entstehung dieser Verfassung zuverlässig informiert.

Das Staatsgrundgesetz Bayerns vom 4.1.1919 bestand aus 18 Ziffern. Es legte fest, dass Bayern ein Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands

war und die höchste Gewalt beim Volk liege, das sie durch Abstimmungen und Wahlen ausübe. Staatsbürger waren ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechts, des Glaubens und des Berufes alle Staatsangehörigen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten; das Wahlrecht der Frauen war bereits vorher durch eine Wahlproklamation vom 5. Dezember 1918 eingeführt worden.

Der bayerische Landtag sollte in Zukunft nur noch aus einer Kammer bestehen. Die oberste exekutive Gewalt erhielt das Gesamtministerium, das auch innerhalb von vier Wochen jeden Beschluss des Landtags einer Volksabstimmung unterbreiten konnte. Entschied dann die Volksabstimmung gegen den Landtag, so war er aufzulösen; entschied sie gegen das Gesamtministerium, so musste dieses zurücktreten. Die Verfassung enthielt somit starke Elemente einer unmittelbaren Demokratie. Sie gewährte zudem eine Reihe von Grundrechten, darunter Unverletzlichkeit der Person, Glaubens- und Meinungsfreiheit sowie Freiheit der Lehre, von Wissenschaft und Kunst. Hinzu kam die Gewährung der Rechtsprechung durch unabhängige Gerichte, die Unverletzlichkeit des Eigentums und die Aufhebung aller Vorrechte der Geburt und des Adels. Festgelegt wurden zudem die Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das Staatsgrundgesetz gewährleistete die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung aller Glaubensgesellschaften, die in Bayern bis 1918 nicht geltendes Recht gewesen war. Den Glaubensgesellschaften wurde auch das Recht auf Religionsunterricht an den Schulen gewährt und schließlich blieben die Rechte der Beamten unangetastet. Die Räte werden in diesem Staatsgrundgesetz überhaupt nicht erwähnt.

Dieses Staatsgrundgesetz enthielt die Prinzipien einer modernen demokratischen Verfassung und ging in den Sätzen über die unmittelbare Demokratie sogar über unser heutiges Bonner Grundgesetz hinaus. Mit Recht schreibt Philipp Loewenfeld: „Der Text des Staatsgrundgesetzes für sich allein sollte Eisners geschichtliches Bild von den hässlichen Flecken reinigen, mit denen es in der Folgezeit gleichermaßen durch kommunistische und nazistische Hetze und vor allem durch plumpe antisemitische Propaganda beschmutzt worden ist.“

## VII. Eisners Niederlage bei der Landtagswahl und das Ende seiner Regierung

Acht Tage nach der Veröffentlichung des Staatsgrundgesetzes wählte Bayern den ersten Landtag der Republik. Von 180 Mandaten erhielt die katholische neugegründete Bayerische Volkspartei, Nachfolgerin des Zentrums, 66 Sitze und wurde damit größte Partei. Von den übrigen Mandaten erhielten die sozialistischen Parteien immerhin 65, also mehr als ein Drittel, davon 62 die SPD und nur 3 Sitze die USPD, die mit 2,5 % der Stimmen abschnitt. Davon kamen noch die meisten Stimmen aus Ober- und Mittelfranken. Das Ergebnis war zweifellos eine krachende Niederlage für Eisner und die USPD. Er trat jedoch nicht sofort als Ministerpräsident zurück, sondern blieb zunächst im Amt und fuhr sogar am 25. Januar zu einer Konferenz der deutschen Einzelstaaten nach Berlin, wo er gegen den Entwurf einer Reichsverfassung von Hugo Preuß agitierte, sich aber nicht durchsetzen konnte. Am 3. Februar reiste er auch noch nach Bern. Dort fand bis zum 10. Februar die erste Nachkriegskonferenz der Sozialistischen Internationale statt. Er hielt in Bern eine zweistündige Ansprache, in der er die frühere Kriegspolitik der deutschen Mehrheitssozialdemokraten scharf kritisierte. Seine Rede wurde begeistert aufgenommen und führte dazu, dass seine Ansichten zur Kriegsschuldfrage, zur sofortigen Entlassung kranker und verwundeter Kriegsgefangener und zur Ablehnung des Bolschewismus mit überwältigender Mehrheit von dem Kongress verabschiedet wurden. Sein Ziel, direkte Friedensverhandlungen von Bayern mit den gegnerischen Ententemächten aufzunehmen, hat Eisner in Bern jedoch nicht erreicht; in der deutschen Presse wurde er hingegen wegen seines Eingeständnisses der deutschen Kriegsschuld als Vaterlandsverräter diffamiert.

In den letzten Tagen seiner Regierung nach seiner Rückkehr von Bern war Eisner hauptsächlich mit der Frage der Zukunft der Räte im neuen Bayern neben dem Landtag befasst. Seine letzte öffentliche Rede hielt er am 20. Februar 1919, dem Tag vor seiner Ermordung, auf einer Schlusssitzung des Rätekongresses in München. Inzwischen hatten die neugegründeten Kommunisten neben den Sozialdemokraten auch in München Einfluss gewonnen; die Sozialdemokraten waren für eine Abschaffung der Räte, die Kommunisten unter der Führung von Max Levien für eine Rätediktatur nach

russischem Vorbild. Der Rätekongress entschied sich für einen Antrag des Eisneranhängers Gustav Landauer, der allgemein die Eingliederung des Räteystems in die Verfassung vorsah. Eisner sprach dann ein Schlusswort, dessen letzte Sätze lauteten: „ich sehne mich danach, wenn die Sozialisten ohne Unterschied der Richtung endlich aufhören zu regieren und wieder Opposition werden. Vielleicht ist die Entscheidung, während ich hier rede, schon gefallen. Morgen soll auch die Tätigkeit der Räte aufs Neue beginnen, und dann werden wir sehen, wo Lebenskraft und wo Zuckungen einer vom Tode geweihten Gesellschaft zu finden sind.“

Diese Schlussätze zeugen von Eisners Optimismus und Idealismus (Grau p. 235), aber auch eindeutig von seiner Bereitschaft zum Rücktritt als Ministerpräsident.

#### VIII. Eisners Ermordung am 21.2.1919

Am nächsten Tag, dem 21. Februar 1919, ging Kurt Eisner um 10 Uhr vormittags mit der Rücktrittserklärung in seiner Aktentasche zu Fuß zum Landtagsgebäude in der Prannerstraße und wurde auf diesem Weg von Graf Anton Arco-Valley am Promenadeplatz durch zwei Schüsse getötet, die ihn am Kopf trafen. Mit diesem Mord begannen die Monate der zweiten Revolution Bayerns bis zur Gegenrevolution vom Mai 1919, die Zeit von zwei kurzlebigen Räterepubliken. Wäre es zu Eisners Rücktritt gekommen, hätte wohl eine Koalitionsregierung von SPD und Deutschen Demokraten (DDP) die Macht in Bayern erlangt; sie verfügte mit zusammen 86 Abgeordneten fast über die Hälfte der Landtagssitze von insgesamt 180.

#### IX. Eisners Bedeutung für Bayerns Geschichte

Eisners Rolle und Bedeutung in der Geschichte Bayerns ist bis heute umstritten, auch in der bayerischen Geschichtsforschung. In der Zeit der Weimarer Republik wird Eisner von den deutschen Historikern als ‚Vertreter des internationalen Judentums‘ und als ‚über Berlin zugewanderter Ostjude‘ bezeichnet, der ein eitler Illusionist gewesen sei.

In den letzten Jahren hat das Bild Eisners bei den Historikern allerdings erhebliche Veränderungen erfahren. Heute wird in der Geschichtsschreibung der Vorwurf der Phantasterei gegenüber Eisner nicht mehr pauschal erhoben, sondern eher seine Leistung für die demokratische

Erneuerung Bayerns betont. Er war bereits in den Jahren seiner Marburger Tätigkeit dem Gedankengut der Aufklärung im Sinne Kants verpflichtet; daher glaubte er als Idealist an die Macht der Vernunft. Das von ihm am 4. Januar 1919 verkündete Staatsgrundgesetz ist auch nach 100 Jahren überraschend modern, nicht zuletzt in den heute wieder diskutierten Fragen des Einbaus von Elementen unmittelbarer Demokratie in unsere Verfassungen. Kurt Eisner war kein Phantast, sondern ein besonnener bayerischer Staatsmann. Er hätte es verdient, dass der Ort seiner Ermordung, Münchens Promenadeplatz, in Kurt-Eisner-Platz umbenannt wird.

Literatur:

Grau, Bernhard; Kurt Eisner, München 1999.

Mitchell, Allan: Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967.